

# Werkstatt Frankfurt

## Eine kurze Skandalchronik

Die unrühmliche Geschichte der »Werkstatt Frankfurt« zieht sich über Jahre. Immer wieder kommen Berichte aus der Beschäftigungsgesellschaft, wonach Betriebsräte und Mitarbeiter unter Druck gesetzt werden, um mit allen Mitteln deren Kritik an den Ein-Euro-Jobs zu unterdrücken. Mit Schikanen hat die Geschäftsleitung mehrfach versucht, Kündigungen zu erreichen, um unliebsame Kritiker aus dem Betrieb zu entfernen. Frankfurter Arbeitsrichter haben immer wieder mit diesem rechtswidrigen Vorgehen zu tun. Finanziert wird die Firma aus öffentlichen Mitteln. Einige Beispiele aus der Skandalchronik des Betriebes: Anfang 2007 stellte der Geschäftsführer der »Werkstatt«, der größten hessischen Beschäftigungsgesellschaft, Strafanzeige wegen Untreue und Betrugs gegen drei ver.di-Betriebsräte und einen Arzt. Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main stellte das Ermittlungsverfahren aber ein. 2008 wollte der »Werkstatt«-Chef eine außerordentliche Kündigung gegen zwei Betriebsräte erreichen. Erneut ohne Erfolg. Bei einem Güetermin, bei dem die Kündigungsschutzklage einer Betriebsrätin verhandelt wurde, erklärte das Frankfurter Arbeitsgericht: Möglicherweise seien Grundrechte der Betriebsräte verletzt worden. Gemeint war das Recht auf freie Meinungsäußerung. 2011 eskalierte die Situation. Die 64jährige langjährige Mitarbeiterin Veronika Kökény wurde gemobbt und sollte gekündigt werden. Auch sie hatte kritisiert, daß Tätigkeiten, die früher tariflich bezahlt wurden, nur noch als Ein-Euro-Jobs vergeben werden. (düp)

<https://www.jungewelt.de/artikel/204411.werkstatt-frankfurt.html>